



Presseschau vom 15.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Bericht für Kongress: USA droht im Krieg gegen Russland mögliche Niederlage**

Die militärische Überlegenheit der USA ist laut einem Bericht des US-amerikanischen Ausschusses für die Strategie der nationalen Verteidigung (The National Defense Strategy Commission) „bis auf ein gefährliches Niveau“ geschrumpft, so dass sie einen hypothetischen Krieg gegen Russland oder China möglicherweise verlieren können.

Dieser Umstand habe „die Krise der nationalen Sicherheit“ herbeigeführt, heißt es in dem auf Antrag des US-Kongresses vorbereiteten Bericht, den die Zeitung „The Washington Post“ zitiert.

„Das US-Militär kann in seinem nächsten Konflikt unannehmbar hohe Menschenverluste sowie Verluste an Kapitalvermögen erleiden. Die Streitkräfte werden versuchen, zu gewinnen, jedoch können sie den Krieg gegen China oder Russland verlieren“, wird im Bericht gemutmaßt.

Gleichzeitig werde darauf hingewiesen, dass die USA nicht in der Lage seien, zugleich an zwei oder mehr Fronten zu kämpfen.

Zudem würden die Autoren des Dokuments feststellen, dass das Territorium der USA selbst den wehrlos machenden Angriffen und den Cyberangriffen ausgesetzt sein könne, während ihre Streitkräfte danach streben würden, den Gegner im Ausland zu besiegen. „Die militärische Überlegenheit der USA ist nicht mehr garantiert, dabei sind die Folgen für die

amerikanischen Interessen sowie die amerikanische Sicherheit ernsthaft“, wird im Bericht betont.

Trotz des rekordmäßigen Verteidigungsbudgets in Höhe von 716 Milliarden US-Dollar, das viermal größer als das chinesische und mehr als zehnmal größer als das russische sei, seien die Bemühungen, die Streitkräfte so umzugestalten, dass sie die aktuellen Bedrohungen bewältigen können, hinsichtlich der Ressourcen und der Finanzmittel nicht ausreichend. Im Bericht werde die Besorgnis hinsichtlich der Differenz zwischen den Ausgaben der USA für die Aufrechterhaltung ihres Nuklearpotenzials und denen ihrer potenziellen Gegner geäußert.

„Es ist dringend notwendig, die Infrastruktur der Versorgung der nuklearen Kräfte zu verbessern und zu modernisieren, einschließlich der nationalen Labors sowie des Netzes der nuklearen Kommandoführung, der Kontrolle und der Kommunikation“, stellen die Autoren fest.

Der Ausschuss, der den Bericht vorbereitet hätte, habe aus 12 vom US-Kongress ernannten Experten bestanden. Seine Co-Vorsitzenden sind der ehemalige Vize-Verteidigungsminister für politische Fragen (von 2005 bis 2009), Eric Edelman, und der Admiral im Ruhestand Gary Roughead, der im Zeitraum von 2007 bis zu 2011 der Stabschef der US-Navy gewesen war. Dieses auf Anforderung des US-Kongresses erstellte und durch den von ihm gegründeten Ausschuss verbreitete Dokument wird laut den US-Medien zweifellos die Grundlage für die Debatte der Gesetzgeber bilden, sobald die Diskussion über das nächste Haushaltsjahr beginnt.

de.sputniknews.com: **Ukrainisches Lager: Hier lernen Kinder, Russen zu töten**

Jugendliche, einige von ihnen erst acht Jahre alt, die Militäruniform tragen und mit der AK-47 das Schießen auf Separatisten und Russen üben – so sieht ein rechtsradikales Ausbildungslager für Kinder in der Ukraine aus. Journalisten der Agentur AP haben die Einrichtung besucht.

Das Ausbildungslager, das laut AP „von einer ukrainischen radikalen Nationalistengruppe“ eingerichtet wurde, liegt in einem Wald im Westen des Landes verborgen. Es soll zwei Zielen dienen: Kinder zum Kampf gegen Russen und deren Sympathisanten ausbilden und die nationalistische Ideologie verbreiten.

Dort werden Kinder trainiert, einige von ihnen sind erst acht Jahre alt. Sie tragen Militäruniform und schießen aus Kalaschnikows, obwohl manche von ihnen eine AK-47 kaum halten können.

„Wir richten unsere Waffen nie auf Menschen“, zitiert AP den Instrukteur Juri „Tschornota“ Tscherkalin. „Doch wir zählen die Separatisten, die kleinen grünen Männchen, die Besitzer aus Moskau, nicht zu den Menschen. Also können und müssen wir auf sie zielen.“

Tscherkalin ist laut dem Bericht ein „Veteran des Kampfes gegen prorussische Separatisten im Osten der Ukraine“, der im Krieg verletzt wurde.

Laut Tscherkalin ist es wichtig, Jugendlichen die nationalistische Denkweise anzuerziehen, damit sie „Wladimir Putins Russland“ sowie die „Herausforderungen“ bekämpfen können, die die europäische Zivilisation „komplett zerstören können“.

Zu diesen Herausforderungen gehören aus seiner Sicht die Schwulenrechte: In dem Lager werden diese als Zeichen des westlichen Verfalls dargestellt.

„Man muss sich dessen bewusst sein“, zitiert AP einen weiteren Instrukteur. „All diese Gender-Sachen, all diese Perversionen der modernen Bolschewiken, die in Europa an die Macht gekommen sind und jetzt versuchen, diese ganzen LGBT-Sachen wie Gay-Pride-Paraden zum Teil des Bildungssystems zu machen.“

Ukrainischen Nationalisten wird oft Gewalt und Rassismus vorgeworfen. Doch sie pflegen dem Artikel zufolge Kontakte zu der Regierung: In diesem Jahr hatte das ukrainische Ministerium für Jugend und Sport demnach vier Millionen Hrywna (etwa 150.000 US-Dollar)

einem dieser rechtsradikalen Lager bereitgestellt. Das Ziel ist laut dem Ministerium die „nationale patriotische Ausbildung“.

Der Vertreter des Hohen Kommissars der Uno für Menschenrechte, Rawina Schamdasani, erklärte am Mittwoch, die UN-Beobachtungsmission in der Ukraine wisse bereits über radikale Kinderlager in dem Land Bescheid. Man werde Schritte „zur Bestätigung dieser Informationen“ unternehmen



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32296/62/322966285.jpg>

de.sputniknews.com: **Russische Botschaft in Berlin: Verdächtiger Gegenstand entdeckt - eine Festnahme**

Laut einem Polizeisprecher ist in einem Auto vor der russischen Botschaft in Berlin am Mittwochabend ein verdächtiger Gegenstand gefunden worden. Der Bereich vor dem Gebäude sei gesperrt worden.

Es handle sich um einen Teil der Straße Unter den Linden und die S-Bahnstation Brandenburger Tor. Die Polizei habe eine gesuchte Person festgenommen, in dessen Auto der verdächtige Gegenstand gefunden worden sei. Entschärfer befänden sich vor Ort, um den Gegenstand zu untersuchen, wie dpa berichtet.

de.sputniknews.com: **Schreck am Abend vor der Russischen Botschaft in Berlin – Entwarnung**

Vor der Russischen Botschaft in Berlin ist am Abend von der Polizei ein Fahrzeug überprüft worden, in welchem sich ein verdächtiger Gegenstand befand. Spezialkräfte untersuchten das Fahrzeug und den Gegenstand und konnten inzwischen Entwarnung geben.

Wie die Polizei Sputnik mitteilte, fuhr in den Abendstunden ein unbekanntes Personenfahrzeug direkt vor den Haupteingang der Russischen Botschaft am Berliner Boulevard Unter den Linden. PKW und Fahrzeugführer wurden überprüft. Dabei wurde ein kofferähnlicher Gegenstand im Fahrzeug entdeckt, aus dem Drähte ragten. Spezialeinsatzkräfte untersuchten daraufhin den verdächtigen Gegenstand und das Fahrzeug. Der Fahrer wurde festgenommen. Die Untersuchung ergab, dass von dem Gegenstand keine

Gefahr ausgeht. Die Absperrungen und anderen Sicherheitsmaßnahmen um das Botschaftsgebäude in Sichtweite des Touristenmagneten und Berliner Wahrzeichens Brandenburger Tor wurden aufgehoben. Der Fahrzeugführer befand sich für weitere Ermittlungen und Befragungen durch die Polizei bei Redaktionsschluss noch in Polizeigewahrsam.

Ukrinform.ua: Regierungschef Hrojsman nennt drei Schlüsselaufgaben für 2019

Ministerpräsident der Ukraine Wolodymyr Hrojsman hat drei Schlüsselaufgaben der Regierung für das Wahljahr 2019 genannt.

Unsere Hauptaufgabe ist die Gewährleistung der Stabilität, sagte der Premier bei einem Treffen mit Experten von National Endowment for Democracy (USA). „Wir stehen vor sehr ernstesten finanziellen und wirtschaftlichen Herausforderungen, doch wir tun viel, um das Wachstum zu gewährleisten“, sagte er. Die zweite Aufgabe sei, den Reformstopp zu verhindern. Die Regierung müsse auch alles für die Durchführung von demokratischen und transparenten Wahlen tun, das sei die dritte Aufgabe.

Die amerikanischen Experten kamen in die Ukraine, um die Situation im Land und Stimmungen in der Gesellschaft im Zusammenhang mit den Präsidenten- und Parlamentswahlen 2019 einzuschätzen.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Perwomajsk und Marjewka..

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren.

de.sputniknews.com: Trotz US-Sanktionsdrohung: Mindestens 13 Länder wollen russische S-400-Systeme

Trotz der Sanktionsdrohung seitens der USA sind mindestens 13 Staaten am Kauf von russischen Luftabwehr-Raketensysteme S-400 interessiert. Darüber berichtet der TV-Sender CNBC unter Berufung auf Quellen aus amerikanischen Geheimdiensten.

Gemäß dem US-Gesetz CAATSA („Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act“) raten die USA dritten Ländern vom Kauf russischer Bewaffnungen ab, insbesondere von Raketensystemen des Typs S-300 und S-400, und drohen im Gegenfall mit Strafmaßnahmen. Als Ersatz für die russischen Komplexe bieten amerikanische Diplomaten Waffen aus US-Produktion an.

Trotzdem gibt es Länder, die trotz der Sanktionsdrohungen seitens Washingtons ihr Interesse am Kauf der russischen Systeme zeigen. Laut den Quellen des TV-Senders geht es dabei unter anderem um Saudi-Arabien, Katar, Algerien, Marokko, Ägypten, Vietnam und den Irak. Diese Länder hätten den Kauf der russischen S-400-Systeme besprochen, aber mehrere Länder könnten wegen des US-Drucks auf diese Pläne verzichten.

Potentielle Käufer bevorzugen russische Komplexe, weil deren Preis laut den Quellen attraktiv und niedriger als der der amerikanischen Lieferanten sei. Darüber hinaus sei die Dauer des Kaufprozesses mit Russland viel kürzer als mit den USA: Die ersten Systeme werden innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss des Vertrags geliefert. Auch die technischen Eigenschaften der russischen Komplexe sind für die Käufer attraktiv: In Bezug

auf sein Potential übertrifft das S-400-System laut einer Quelle das amerikanische Raketenabwehrsystem THAAD.

„Kein anderes US-System kann mit dem S-400-System bezüglich seiner Fähigkeit, große Luftflächen aus solch großen Distanzen zu schützen, verglichen werden.“

Anfang Oktober war berichtet worden, dass Russland und Indien einen Vertrag über die Lieferung von S-400-Raketensystemen an Neu-Delhi vereinbart hätten. Der Erwerbspreis beträgt 5,43 Milliarden US-Dollar. Indien erhält dafür fünf russische S-400-Systeme.

Das S-400-System Triumph (Nato-Code „SA-21 Growler“) ist in einer Reichweite von 400 Kilometern gegen alle Luftfahrzeugtypen, von Drohnen bis Marschflugkörpern, wirksam und kann auch taktische Raketen abfangen. Selbst Tarnkappenflugzeuge (Stealth) haben keine Chance. Jedes System kann gleichzeitig 36 Ziele in bis zu 27 Kilometern Höhe mit insgesamt 72 Raketen beschießen. Triumph ist mit vier Raketentypen kompatibel, die sich in puncto Gewicht und Reichweite unterscheiden.

Dnr-news.com: Deutsches Außenministerium fordert Ukraine auf, die Website „Mirotworez“ („Friedensstifter“ - Anm. d. Übers.) zu schließen

Das Außenministerium Deutschlands verurteilte die Aufnahme des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in die Datenbank der Website „Mirotworez“. Dies berichtet die Zeitung Die Zeit.

„In der Vergangenheit haben wir unsere Position gegenüber der ukrainischen Seite eindeutig dargelegt und darauf bestanden, dass die ukrainische Regierung Maßnahmen zur Schließung dieser Website trifft. Dies werden wir auch jetzt tun“, zitiert die Zeitung den Pressesprecher des deutschen Außenministeriums.

Es wird darauf hingewiesen, dass Schröder aufgrund eines Interviews, das er den Aachener Nachrichten gab, in die Datenbank von „Mirotworez“ gelangte. Darin hatte er erklärt, dass der Anschluss der Krim an Russland Realität sei, mit der man sich irgendwann abfinden müsse.

de.sputniknews.com: Berlin drängt Ukraine zur Löschung der Staatsfeinde-Liste

Das Auswärtige Amt hat die ukrainische Regierung aufgefordert, die umstrittene Liste der „Staatsfeinde“ aus dem Netz zu entfernen. Hintergrund ist, dass auf der regierungsnahen Liste „Mirotworez“ vor Kurzem der deutsche Altkanzler Gerhard Schröder gelandet ist.

Das deutsche Außenministerium verurteilte die Liste „in aller Deutlichkeit“ und forderte ihre Löschung....

Schröder war am 8. November wegen „antiukrainischer Propaganda“ auf die Liste der „Staatsfeinde“ geraten. Einen Tag davor hatte der Altkanzler bezweifelt, dass „irgendein russischer Präsident in Zukunft“ die Eingliederung der Krim in Russland wieder rückgängig machen würde. Die ukrainische Regierung beansprucht die russische Schwarzmeerhalbinsel für sich.

Schröders Ehefrau Soyeon Schröder-Kim sagte, sie sei besorgt um die Sicherheit ihres Mannes und zugleich enttäuscht über die ausbleibende Reaktion der Berliner Bundesregierung.

„Mirotworez“ (dt. „Friedensstifter“) war nach dem nationalistischen Umsturz 2014 auf Anregung Anton Geraschtschenkos, des damaligen Beraters des ukrainischen Innenministers, ans Netz gegangen. Die international kritisierte Webseite führt persönliche Daten von Tausenden Politikern, Journalisten, Aktivisten und Promis, die von den Betreibern als „Feinde der Ukraine“, „Separatisten“ und „Kreml-Agenten“ angesehen werden.

Internationale Bekanntheit erlangte die Webseite, die Kritiker „Abschussliste“ nennen, nach der Ermordung der ukrainischen Oppositionellen Oles Busyna und Oleh Kalaschnikow. Beide wurden vor ihren jeweiligen Wohnhäusern niedergeschossen, nur wenige Tage nachdem ihre Privatadressen auf der „Mirotworez“-Liste erschienen waren.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 14. November 3:00 bis 15. November 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 19.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Golmowskij, Sajzewo, Isotow-Bergwerk, Schirokaja Balka), Jasinowataja, Wasiljewka, Krutaja Balka, Mineralnoje, Spartak, Donezk (Siedlung Trudowskaja-Bergwerks), Losowoje, Staromichajlowka, Leninskoje, Kominternowo.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Zerstörungen ziviler Infrastruktur sind bisher nicht festgestellt worden.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeschossenen Geschosse betrug 276.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 72.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: „Freiwillige Rückkehr“: Werbeaktion der Bundesregierung verärgert „Russlanddeutsche“

„Freiwillige Rückkehr“? Für wen? Eine Werbeaktion des Bundesinnenministeriums in russischer Sprache verwirrt und sorgt für Entsetzen unter Menschen mit russischem Hintergrund.

„Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt! – Freiwillige Rückkehr: Bis zum 31.12.2018 bis zu zwölf Monaten zusätzlich Wohnkosten sichern.“ Was so klingt, wie eine schlechte Fernsehwerbung, ist eine Werbeaktion des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Nun sorgt ein solches Plakat in russischer Sprache für Unmut unter der russischsprachigen Bevölkerung Deutschlands.

„WTF? Werbung in der U-Bahn. Nicht Arabisch, Suaheli oder Urdu – auf Russisch (...) Es ist eine Sache, wenn deine Heimat dir anbietet, nach Hause zurückzukehren und sogar Brötchen dafür verspricht — das ist normal. Aber wenn Deutschland, das uns aufgenommen hat, nun in Form eines Plakates in der U-Bahn fragt, ob wir nicht Platz schaffen wollen und in unser Herkunftsland zurückkehren, ist es etwas anderes. Und dazu steht nirgendwo geschrieben, dass es nur den Flüchtlingen angeboten wird, deren Länder wieder in Sicherheit sind“, moniert ein Facebook-Nutzer auf Russisch.

Dan-news.info: „Heute gegen 00:30 haben Kiewer Truppen das Gebäude der Zugabteilung Nr. 20, einer Unterabteilung der „Donezker Eisenbahn“, beschossen. An einem der Gebäude wurden Dach und Verglasung beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

Eine Gruppe der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung (GZKK) ist vor Ort.

Nachmittags:

Dan-news.info: „Im Zeitraum seit Februar dieses Jahres haben 85 Veteranen, 810 kinderreiche Familien und 229 Kinder mit Behinderung, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium leben, im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass Unterstützung erhalten. Insgesamt wurden ihnen mehr als 7 Millionen Rubel ausgezahlt“, teilte der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit.

rusvesna.su: **Die Website „Mirotworez“ beschwert sich über die „Aggression“ und den „Angriff auf die Meinungsfreiheit“ durch das deutsche Außenministerium**

Die Mitarbeiter des Zentrums „Mirotworez“ bezeichnen die Erklärung des Pressesprechers des Außenministeriums Deutschlands mit dem Aufruf an die ukrainische Regierung, die Aktivitäten der Website zu verurteilen und sie zu löschen, als aggressiv und den Grundsätzen der Meinungsfreiheit widersprechend.

Dies wird in einer auf der Website, die schon einige Male im Zentrum von Skandalen im Zusammenhang von Gesetzesverstößen und Veröffentlichung persönlicher Daten stand, veröffentlichten Erklärung dargelegt.

„Wir sind überrascht, dass Ihre Erklärung wortwörtlich mit den Erklärungen des Außenministeriums der Russischen Föderation übereinstimmt, welche ein Okkupant ist und pro-russische Terrororganisationen finanziert“, heißt es in der Erklärung an die Adresse des Sprechers des Außenministeriums und auf deutsch veröffentlicht wurde.

In dem Text wurde auch betont, dass die Erklärung zur Friedensstifter-Website vom Außenministeriumssprecher abgegeben wurde, nachdem „der Vorstandsvorsitzender der russischen Firma Rosneft und korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften Gerhard Schröder die russische Aggression gegen die Ukraine öffentlich unterstützt“ hatte.

„Wir betrachten den Ton, die Rhetorik und die Forderungen des Sprechers des deutschen Außenministeriums als Versuch, Beweise der russischen Aggression gegen das ukrainische Volk zu vernichten“, heißt es in der Erklärung.

Mil-Inr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko**

Heute hat die Ukraine ein weiteres Mal die Vereinbarungen über eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass, die in Minsk unterzeichnet wurden, verletzt. Um 9:30 wurde in der Folge eines Beschusses mit einem 120mm-Mörser von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Solotoje-4 auf Solotoje-5 ein privates Wohnhaus beschädigt. Informationen über Opfer unter der zivilen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Ukrinform.ua: **Turtschynow kündigt neue Sanktionen gegen Russland an: Unternehmen aus Ukraine und Vertreter von europäischen Organisationen können betroffen werden**

Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine bereitet ein neues Sanktionspaket gegen Russland vor.

Das kündigte der Sekretär des Rates Olexandr Turtschynow vor der Presse in Kyjiw an, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Nach seinen Worten reichten schon die Regierung, der Sicherheitsdienst der Ukraine, das Parlament ihre Vorschläge ein. „Ich bin

überzeugt, dass es ein starkes Paket von verschiedenen Sanktionen sein wird, darunter auch gegen Leiter, Initiatoren und Organisatoren der Fake-Wahlen in den besetzten Gebieten sowie gegen ein breites Spektrum von ukrainischen Unternehmen, die mit dem Militärkomplex Russlands zusammenarbeiten oder die Sicherheit und Verteidigung der Russischen Föderation stärken. Ich schließe nicht aus, dass auf dieser Liste auch Vertreter einiger Organisationen aus Europa stehen werden, die aus provokativen Gründen vorgaben, dass sie diese illegale Wahlen beobachteten“, sagte Turtschynow.

de.sputniknews.com: **Nach Kritik an Donbass-Wahlen: Putin erinnert Westen an Morde in der Region**

Westliche Staaten haben die vergangenen Wahlen in den selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk verurteilt. Der russische Präsident Wladimir Putin hat inzwischen auf die Kritik reagiert: Er wies auf die fehlende Reaktion des Westens auf politisch motivierte Morde in der Region hin.

„Was die Verurteilung dieser Wahlen angeht: Wir haben aus irgendeinem Grund keine Verurteilung der Morde gehört, die auf dem Territorium der nicht erkannten Republiken passieren, das ist das Problem“, sagte Putin bei einer Pressekonferenz im Anschluss an seinen Besuch in Singapur.

Zuerst hätte man laut Putin die politisch motivierten Morde in Donezk und Lugansk verurteilen sollen. Gemeint wird offenbar der tödliche Bombenanschlag auf den ehemaligen Chef der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, Ende August.

Der Mord an Sachartschenko reiht sich an andere Anschläge in Donezk an: So war im Oktober 2016 der Kommandeur des Bataillons „Sparta“, Arseni Pawlow (sein Funkruf „Motorola“) ums Leben gekommen. In der Volksrepublik wird behauptet, dass er infolge eines Terroraktes umgekommen sei, den die ukrainischen Geheimdienste verübt hätten. Anfang Februar 2017 war zudem bei einem Anschlag der Kommandeur des Bataillons „Somali“, Michail Tolstych, bekannt als „Giwi“, ums Leben gekommen.

In Lugansk und Donezk hatten am 11. November Wahlen stattgefunden. In Donezk gewann der stellvertretende Chef der Republik, Denis Puschilin, und seine Bewegung „Donezker Republik“. In Lugansk holte der stellvertretende Republik-Chef Leonid Pasetchnik die Mehrheit der Stimmen.

Kiew weigerte sich, die Wahlen anzuerkennen. Kritik kam auch aus der EU und den USA. Der Kreml wies seinerseits darauf hin, dass die Wahlen in den Volksrepubliken die Minsker Abkommen nicht verletzen würden

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.11.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwölf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **15 Ortschaften der Republik** beschoss.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj die Ortschaften **Schirokaja Balka, Golmowskij, Sajzewo sowie die Siedlungen des Gagarin- und des Isotow-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 28. und der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko und Kokorjew sowie der 56.

Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Iwanow die Ortschaften **Spartak, Jasinowataja, Krutaja Balka, Wasiljewka, Mineralnoje, Losowoje, Staromichajlowka und die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit

Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. **In Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Kominternowo und Leninskoje** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Unsere Aufklärung hat die **Ankunft von schweren Artilleriewaffen** aus dem Bestand einer Brigadeartilleriegruppe der 57. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Kalinowo (17km nordwestlich von Donezk) festgestellt. Derzeit sind in Lagerhallen einer landwirtschaftlichen Anlage am westlichen Rand des Ortschaft 18 Haubitzen des Kalibers 152mm, 12 Geschütze MT-12 des Kalibers 100mm und sechs Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ getarnt untergebracht.

Wir wenden uns an die internationalen Beobachter mit der Forderung, das Vorhandensein der von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen in der Nähe der Kontaktlinie festzuhalten und von der ukrainischen Seite ihren Abzug auf den vorgeschriebenen Abstand zu erreichen.

Nach unseren Informationen wurde die Ankunft einer solchen Zahl schwerer Artilleriewaffen und die **Einnahme eines in Betrieb befindlichen landwirtschaftlichen Lagers** von der örtlichen Bevölkerung von Kalinowo unterschiedlich aufgenommen. Eine Initiativgruppe aus örtlichen Einwohnern hat ein kollektives Schreiben an den Kommandeur der „OOS“ Najew erstellt und abgeschickt mit der Forderung, die militärischen Einheiten und die Waffen aus der Ortschaft abzuführen.

Einer der grundlegenden Ursachen war die Blockade der Arbeit des einzigen in Betrieb befindlichen Unternehmens, in dem die Mehrheit der Bevölkerung der Ortschaft arbeitet, sowie die Fälle von Plünderung und Provokation von Konflikten durch betrunkene Kämpfer in Bezug auf friedliche Einwohner.

Die eingetroffenen Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes beschränkten sich auf die Erstellung von administrativen Protokollen und ließen drei betrunkene Kämpfer aus einer reaktiven Batterie der 57. Brigade frei, die zuvor versucht hatten, Eigentum aus einem privaten Haus zu entwenden.

Unsere Aufklärung verfügt über Informationen, dass heute, am 15. November, im Gebiet des Erholungskomplexes „Zarskaja Ochota“ südlich von Awdejewka **Journalisten ukrainischen und ausländischer Fernsehsender eingetroffen** sind. Gleichzeitig hat der Kommandeur der 56. Brigade die Aufgabe erhalten, Kräfte und Mittel zur Teilnahme an inszenierten Videomaterialien mit Beschüssen der eigenen Ortschaften zur Verfügung zu stellen.

Die letzten derartigen Spiele ukrainischer Banditen vor Kameras endeten bereits mit einer Tragödie: in der Folge von Schüssen in Marjinka von den Positionen der bewaffneten Formationen der Ukraine aus wurde ein friedlicher Einwohner verletzt. Die Behörden und das Kommando der Besatzer versuchten den Fall von Verletzung und die Beteiligung ukrainischer Kämpfer daran einige Tage lang zu verheimlichen. Aber nach dem Durchsickern von Informationen und deren Erörterung unter den örtlichen Einwohnern haben die Terroristen Najews beschlossen, alle zu betrügen und haben den Verletzten gegenüber den Beobachtern der OSZE-Mission als Opfer unserer Beschüsse dargestellt. Dabei erhielten ukrainische Massenmedien die Aufgabe, die Daten des Berichts der Mission für die Kiewer Terroristen günstig zu interpretieren – also die Verletzung als Folge von Beschüssen von Seiten der DVR darzustellen.

Wir schließen nicht aus, dass weitere Provokationen der ukrainischen Kämpfer nun für Einwohner von Awdejewka oder anderer in der Nähe liegender Ortschaften wieder traurig enden werden. Im Zusammenhang damit rufen wir Najew auf, die Provokationen einzustellen, aufgrund derer friedliche Einwohner leiden könnten.

Kiew

Die Politik der derzeitigen Administration in der Ukraine bietet laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin keine Chance auf eine friedliche Beilegung des Donbass-Konflikts. Unter diesen Umständen sehe er keinen Sinn, ein weiteres Treffen der „Normandie-Vier“ einzuberufen, sagte Putin am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Singapur.

„... Ob die heutigen Machthaber fähig sind, etwas für die Regelung zu tun? Meiner Meinung nach nicht. Solange diese Leute am Staatsruder stehen, kann kaum mit einer friedlichen Regelung auf diesen Territorien gerechnet werden. Wir sind trotzdem der Meinung, dass es keinen anderen Weg gibt und in jedem Fall verhandelt werden muss“, so Putin.

„Es gibt keinen anderen Weg außer dem friedlichen. Die Minsker Abkommen müssen umgesetzt werden“, betonte der russische Präsident.

Die derzeitige ukrainische Administration habe „bis jetzt nicht den Wunsch geäußert“, diesen Vereinbarungen nachzukommen. „Es geschieht nichts. Selbst das Gesetz über den Sonderstatus des Donbass, das vom ukrainischen Parlament verabschiedet wurde, ist noch nicht in Kraft getreten“, sagte Putin. Er betonte, das Gesetz sei ein Schlüsselement der Regelung.

„Alle warten darauf, dass Russland die Minsker Vereinbarungen erfüllt, und übersehen dabei die Tatsache, dass die Kiewer Machtbehörden nichts dafür tun“, fügte der russische Präsident hinzu.

Die ukrainische Führung hatte im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Staatsstreich im Februar 2014 in Kiew ihre Unabhängigkeit verkündet hatten. Nach neuesten UN-Angaben sind seitdem mehr als 10.000 Menschen Opfer des Konflikts geworden.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Auf Befehl des Kommandeurs der 14. Brigade des Kriegsverbrechers Wojtschenko wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Marjewka und Perwomajsk** beschossen.

Bei den Beschüssen wurden 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 70 Geschosse abgeschossen.

Außerdem haben Soldaten derselben Brigade heute um 9:30 ein weiteres Mal Marjewka mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 120mm beschossen. In der Folge des Beschusses wurden Dach und Verglasung von zwei Wohnhäusern sowie eine Stromleitung beschädigt. Im Moment arbeiten Vertreter des GZKK noch vor Ort, genauere Informationen werden noch ermittelt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte eskaliert weiter die Lage in der Region und konzentriert Kräfte und Mittel in der „OOS“-Zone.

Im Verantwortungsbereich der 14. mechanisierten Brigade im Gebiet von Popasnaja, **auf der Territorium eines landwirtschaftlichen Unternehmens wurden Mehrfachraketenwerfer „Uragan“** entdeckt. An dem genannten Ort sind auch sechs Lastwagen mit Munition eingetroffen. Bei der Entladung wurden Markierungen an den Geschossen entdeckt, die darauf hinweisen, dass es sich um Kassettenmunition handelt. Die Nutzung solcher Munition ist nicht nur durch die Minsker Vereinbarungen, sondern auch durch internationales Recht verboten.

Mit Einbruch der Kälte haben auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte die Fälle von **Bränden von Befestigungseinrichtungen** aufgrund von nicht funktionierenden Öfen zugenommen.

Am 13. und 14. November entstanden in Einheiten der 59. und 14. Brigade im Gebiet von Malinowo und Solotoje Brände in Unterständen, in deren Folge ein Soldat der 14. Brigade starb, drei erlitten schwere Brandverletzungen. Das Ergebnis des Brandes in der 59. Brigade war die Vernichtung von Waffen und Munition.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen die übernommenen Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst und Führung Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression der ukrainischen Seite standhalten zu können. ...

Frage: Gestern hat der Kommandeur der OOS Sergej Najew in einem Interview mit einer ukrainischen Informationsagentur erklärt, dass die Wahlen auf den besetzten Territorium eine „Eintrittskarte für den Krieg“ sind. Womit ist Ihrer Meinung nach diese Erklärung verbunden?

Antwort: Diese Erklärung illustriert deutlich das Verhältnis der Kiewer Regierung zu den demokratischen Prozessen in unseren Republiken. Die Durchführung von Wahlen ist eine allgemein anerkannt internationale Praxis, ein unveräußerlicher Teil jedes demokratischen Staates. Jeder Mensch hat das Recht zu wählen oder gewählt zu werden. Die Volksrepubliken haben Wahlen durchgeführt und nicht versucht der Ukraine zu drohen, sie haben nicht angegriffen, nicht geschossen, es hat einfach die Bevölkerung auf einem bestimmten Territorium ihre Führung gewählt. Aufgrund dessen ist die Ukraine bereit zu töten.

de.sputniknews.com: **„Monster-Kabinett“ der Ukraine: Google Maps benennt Kiewer Regierung um**

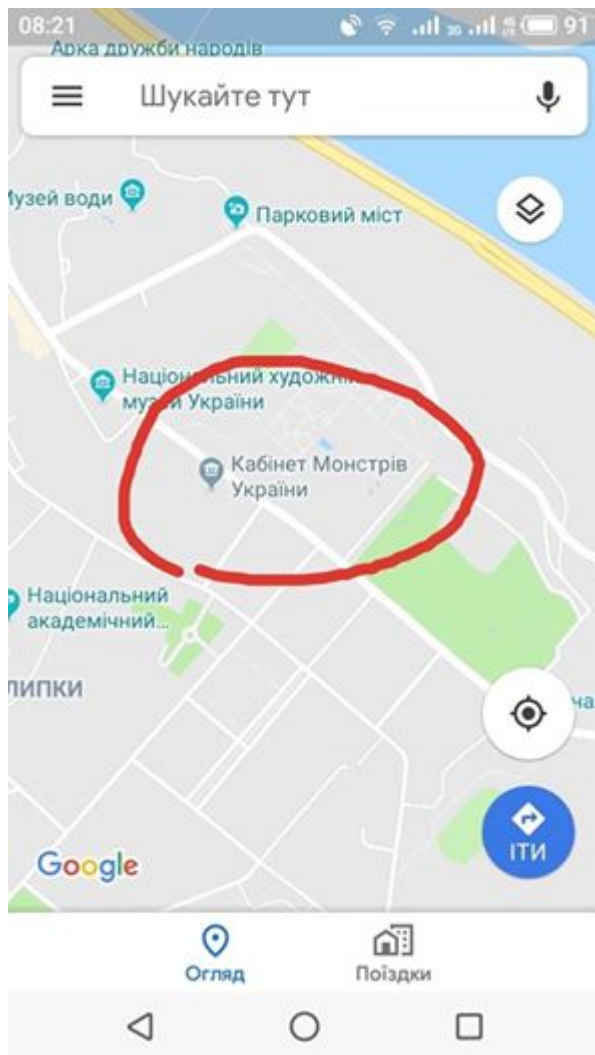
Der US-amerikanische Online-Kartendienst Google Maps hat das Gebäude der ukrainischen Regierung als „Monster-Kabinett“ bezeichnet.

Die Änderung des Namens bemerkte der User aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Dmitri Vitov, und veröffentlichte den entsprechenden Screenshot auf Facebook.

„Jemand amüsiert sich da bei Google Maps“, schrieb er in seinem Facebook-Account.

Das ist bei weitem nicht der erste Fall, wo Gebäude der ukrainischen Regierungsorgane umbenannt werden.

So hatte Google Maps im Oktober den Namen des Parlaments der Ukraine von „Werchowna Rada“ in „Werchowna Zrada“ geändert, was in der Übersetzung aus dem Ukrainischen „Verrat“ bedeutet.



<https://scontent-ber1-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0->

[0/p296x100/46212230_1980696082010625_3637171755874779136_n.jpg?_nc_cat=111&_nc_ht=scontent-ber1-1.xx&oh=f12490082df2ce493b149d2d8baa86dc&oe=5C79A909](https://p296x100/46212230_1980696082010625_3637171755874779136_n.jpg?_nc_cat=111&_nc_ht=scontent-ber1-1.xx&oh=f12490082df2ce493b149d2d8baa86dc&oe=5C79A909)

Dnr-online.ru: „Es ist schwierig einen Menschen im Donbass zu finden – und ich bin überzeugt, auch auf der anderen Seite der Kontaktlinie – der keinen Frieden will. Dabei muss man verstehen, dass wir nicht bereit sind, auf Frieden zu jedem Preis einzugehen, das bedeutet, Frieden heißt nicht Kapitulation. Frieden muss unter unseren Bedingungen erfolgen und unseren Bestrebungen in Bezug auf die Entwicklung und Existenz der Republik entsprechen. Deshalb werden wir hier unsere Arbeit tun und alle Anstrengungen einbringen und alle Möglichkeiten nutzt, um Frieden zu unseren Bedingungen zu erreichen“, sagte das kommissarische Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

abends:

Ukrinform.ua: Ukraine, Moldawien und Georgien wollen gegen hybride Aggression Russlands gemeinsam vorgehen

Die Ukraine, Moldawien und Georgien werden eine Plattform zur Untersuchung der hybriden

Einflussmethoden auf die Bevölkerung von den von Russland besetzten Gebieten und zur Bekämpfung dieser Methoden bilden.

Das haben der ukrainischen Minister für besetzte Gebiete und Binnenflüchtlinge Wadym Tschernysch, die Vizepremierministerin für Reintegration Moldawiens Cristina Lesnic und der Staatliche Minister für Versöhnung und Gleichberechtigung Ketewan Zychelaschwili bei einem Treffen in Chisinau vereinbart, teilte die ukrainische Botschaft in Moldawien mit.

de.sputniknews.com: **GPS-Probleme bei Nato-Manöver: Gespräche zwischen Finnland und Russland laufen noch**

Helsinki behandelt zurzeit mit Moskau über diplomatische Kanäle die GPS-Pannen beim Nato-Manöver „Trident Juncture“. Das folgt aus einer Mitteilung des finnischen Außenministeriums am Donnerstag.

„Die Behörden ermitteln in dieser Frage weiter. Diese Frage wird mit Russland über diplomatische Kanäle erörtert. Finnland ist der Meinung, dass solche Aktivitäten beispielsweise nicht den Flugverkehr stören dürfen“, heißt es.

Wie das Ministerium weiter mitteilte, stuft Finnland die Schlussfolgerungen Norwegens über GPS-Störungen als vertrauensvoll ein.

Unter anderem hat das Ministerium seinen Angaben zufolge dem Auswärtigen Ausschuss des finnischen Parlaments einen entsprechenden Bericht vorgelegt.

Am Montag hatte der finnische Premier Juha Sipilä erklärt, dass das GPS-System absichtlich gestört worden sei, und die Vermutung geäußert, dass hinter den GPS-Störungen Russland stehen könnte.

Der Sprecher des russischen Staatschefs Wladimir Putin, Dmitri Peskow, hatte hingegen erklärt, es gebe die Tendenz, Russland aller Todsünden zu beschuldigen, ohne dabei Beweise vorzulegen.

Am 9. November teilte der finnische Sender YLE mit, dass finnische Navigationsdienste über die instabile Arbeit des GPS-Systems am 6. und 7. November im Norden des Landes informiert hätten. YLE brachte diese Benachrichtigung mit einer in Norwegen früher verbreiteten Warnung in Verbindung.

Auf der Nato-Website heißt es, „Trident Juncture“ vom 25. Oktober bis 7. November in Norwegen sei die größte Übung der Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges gewesen. 50.000 Soldaten, 250 Flugzeuge, 65 Schiffe und 10.000 Stück Kampftechnik aus 31 Nato-Ländern und deren Partnern Schweden und Finnland seien dabei eingesetzt worden.